



AMBASSADE DE SUISSE
EN IRLANDE

DUBLIN 4,
6, Ailesbury Road

den 14. August 1969

Réf.: 381.0 - deK/es

VERTRAULICH

Herrn Bundesrat W. S p ü h l e r
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departements

3003 B e r n

POLITISCHER BERICHT NO. 7

Krise in Nordirland

Herr Bundesrat,

cn					a/a
Datum					268
Vica					bi
EPD		26. AUG. 1969			
Ref p. A. 21.31. <i>Deblinn</i>					

Die blutigen Zusammenstösse in Teilen Nordirlands zwischen Katholiken und Protestanten sowie zwischen Katholiken und Polizeiorganen, welche durch den von der nordirischen Regierung in verantwortungsloser Weise geduldeten Marsch der protestantischen "Apprentices" am 12. dieses Monats provoziert wurden, zwangen den hiesigen Premierminister Lynch aus seiner bisher bewiesenen Zurückhaltung herauszutreten. Seine an die britische Regierung gerichteten Forderungen, Grossbritannien solle den Einsatz von "peace-keeping forces" in Nordirland bei den Vereinten Nationen beantragen und mit der hiesigen Regierung über die politische Zukunft Nordirlands in Verhandlung treten, bildeten den Hauptgegenstand seiner Radioansprache an die hiesige Bevölkerung am Abend des 13. dieses Monats. Die Ablehnung dieser Vorschläge durch die britische Regierung erfolgte noch in der gleichen Nacht. Gleichzeitig bezeichnete der nordirische Premierminister die hiesigen Forderungen als plumpe Einmischung und Aufhetzung der nordirischen Bevölkerung.

Die hiesigen Forderungen sind eher spektakulär als wirksam. Premierminister Lynch konnte in Anbetracht der schleppenden Haltung der nordirischen Regierung seit Abgang des Premierministers Capt. O'Neill, dem es mit prompten Reformen ernst war, angesichts der ernststen Unruhen in Teilen Nordirlands nicht tatenlos, bzw. wortlos verbleiben.



Mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung, die Haltung der Oppositionsparteien im Parlament und im Sinne eines Sympathiebeweises gegenüber den irischen Katholiken in Nordirland trat Lynch mit seiner Radioansprache am 13. d.M. aus seiner bisherigen Reserve heraus, ohne aber die britische Regierung unüberlegt oder brutal herauszufordern. Die hiesige Regierung versucht eine Lösung durch die britische Regierung, nicht über deren Kopf hinaus, anzustreben. Nicht zuletzt muss die hiesige Regierung die britische Regierung und Westminster schonen, denn die wirtschaftliche Abhängigkeit der irischen Republik von Grossbritannien ist eine Lebensfrage für die hiesige Landwirtschaft, Industrie und Arbeitsbeschaffung. Ausserdem dürfte man in hiesigen Regierungskreisen einsehen, dass unter den gegebenen Umständen ein direkter Vorstoss bei den Vereinten Nationen zufolge einem britischen Veto und schwachem Interesse der Mitgliedstaaten am nordirischen Problem, praktisch keine Erfolgsaussichten hat. Die britische Reaktion wäre in einem solchen Falle höchstens für hiesige Interessen schädlich. Aus diesen Ueberlegungen geht die hiesige Regierung behutsam vor, im Bestreben aktiv zu wirken ohne dabei Porzellan zu zerschlagen und an Ansehen im eigenen Lande zu verlieren. Zweifellos erwünscht die hiesige Regierung einen entscheidenden Druck der britischen Regierung auf die nordirische Regierung und Parlament auszulösen zwecks unmittelbarer Durchführung der überfälligen Reformen, um hiedurch eine Entspannung der Lage in Nordirland bei Katholiken und gemässigten Protestanten herbeizuführen.

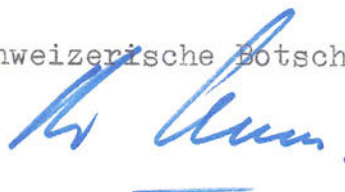
Sollte diese Entwicklung Wirklichkeit werden, bleibt es der nordirischen Regierung oder, nolens volens, der britischen Regierung und Westminster -die im äussersten Falle für Nordirland verantwortlich sind- vorbehalten, Pfarrer Paisley und seine fanatischen protestantischen Anhänger zu bändigen. Die Frage ist, ob diese Aktion wirkungsvoll von der R.U.C (nordirische Polizei) und den "B-Specials",

beide 95% protestantisch und nicht unparteiisch, durchgeführt würde. Ich erachte es nicht als ausgeschlossen, dass britische Truppen zu diesem Zwecke, wenn nicht schon früher, zum Einsatz kommen werden. Eine direkte Verwendung gegen katholische Iren im Norden würde hierzulande tiefste Empörung hervorrufen und alte Wunden aufreissen.

Abgesehen von einer Demonstration vor der britischen Botschaft in der gestrigen Nacht ist hier die Lage ruhig. Die Zeitungen bringen täglich seitenlange Berichte und Photoreportagen, welche die hiesigen Gemüter aufwühlen. Vorderhand sind keine Ansätze bei der hiesigen Bevölkerung zu einer aktiven Aktion im Norden zwecks Unterstützung der bedrohten katholischen Iren und Brüder bemerkbar. Die Regierung hütet sich, derartige Gelüste aufkommen zu lassen. Sollten die derzeitigen Zusammenstösse anhalten oder sich zu einem Bürgerkrieg über ganz Nordirland entwickeln, könnte mit einer Ueberhitzung der hiesigen Gemüter gerechnet werden. Was dann geschehen könnte, kann man sich bei dem irischen Temperament vorstellen. Es ist zu hoffen, dass es dank britischem Druck oder Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch London nicht zum Schlimmsten kommt. Die Zeit drängt - mit Versprechungen und Worten auch von den Kanzeln beider Konfessionen ist heute nichts mehr zu erreichen.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter



15. August 1969

PS.

Die gestrige Entsendung von Aussenminister Dr. Hillery nach London, wo er die hiesige Regierungserklärung, wonach der Einsatz britischer Truppen in Nord-Irland "unannehmbar" sei, diskutieren soll, entspricht dem hiesigen Wunsch, den Druck auf die britische Regierung konstant aufrechtzuerhalten. In inoffiziellen Kreisen wird der Einsatz britischer Truppen als unparteiische Ordnungswächter eher begrüsst. In (London-) Derry war es zufolge der Präsenz britischer Soldaten gestern Nacht ruhig. Die fünf Toten in Belfast lassen die Temperatur hier steigen.

Die Errichtung von fünf Feldlazaretten und von zwei Flüchtlingslagern durch die hiesige Armee erweckt den Eindruck, als ob die republikanische Armee mobilisiert würde. Dies ist nicht der Fall. Die Lazarette und Flüchtlingslager dürften dem Eifer des Landwirtschaftsministers Blaney, bekannt als Scharfmacher, zu verdanken sein. Blaney stammt aus dem nördlichen Grenzgebiet und verfügt über eine grosse Gefolgschaft, welche Tatsache sich im kürzlichen Wahlkampf als sehr nützlich erwies.

